

Beschluss der Landesmitgliederversammlung
am 14. November 2009



Mehr Demokratie wagen!

Wir Grünen sind in die Wahlauseinandersetzung 2007 mit einem klaren Schwerpunkt der längst überfälligen weiteren Demokratisierung des Landes Bremen und seiner Stadtgemeinden gegangen. Durch den Wahlsieg und die danach gebildete rot-grüne Regierung konnten wir einen Großteil unserer Forderung durchsetzen. So wurden durch Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft unter anderem

- die Voraussetzungen für mehr direkte Demokratie durch die Absenkung der Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide deutlich verbessert,
- das Wahlrecht auf 16 Jahre abgesenkt,
- Initiativen für ein kommunales Wahlrecht von Nicht-UnionsbürgerInnen und ein Landtagswahlrecht von UnionsbürgerInnen ergriffen,
- der Erfolg des Volksbegehrens von 2005, das neue Wahlrecht der BürgerInnen auf die Verteilung von insgesamt 5 Stimmen auf die KandidatInnen und Listen ihrer Wahl, abgesichert und
- ein fortschrittliches und wesentlich partizipativeres Beirätegesetz auf den Weg gebracht, das noch im Jahr 2009 verabschiedet werden wird.

Dies sind wichtige Schritte für Bremen. Dennoch ist es nicht das Ende des Weges im Kampf für mehr direkte Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten. Gewisse Entfremdungstendenzen der Menschen (andere sprechen auch von Krise der Demokratie) zeigen sich nicht nur in der stetig sinkenden Wahlbeteiligung und dem generell sehr schlechten Ansehen von demokratischen Institutionen und PolitikerInnen. Trotz hoher Bereitschaft sich ehrenamtlich in sozialen, ökologischen, sportlichen oder kulturellen Themen zu engagieren wird es immer schwerer, Menschen für Mitarbeit und Engagement in demokratischen politischen Prozessen zu gewinnen.

Wir Grünen antworten darauf nicht mit Zynismus und Rückzug, sondern mit dem Angebot, Mitbestimmung und Teilhabe an immer mehr gesellschaftlichen Verfahren und Prozessen zu organisieren. Für Bremen und Bremerhaven heißt das, dass wir jenseits von Wahlen, direkter Demokratie und Stadtteilinstitutionen versuchen, Planungsprozesse, Projekte, Budgetfragen und viele andere Entscheidungen für die aktive Mitwirkung der BürgerInnen zu öffnen. Unsere Aufmerksamkeit muss sich dabei besonders auf diejenigen Menschen richten, die bisher nur ungenügend oder gar nicht in diese gesellschaftlichen Prozesse integriert sind (z. B. Migrantinnen und Migranten).

Diese vor uns stehenden Aufgaben sind keine Selbstläufer. Wie in der Vergangenheit auch müssen hier viele Widerstände überwunden, viel theoretische und praktische Vorarbeit geleistet werden. Wir Grünen können allerdings auf zahlreiche positive Erfahrungen mit Beteiligungsprojekten in Bremer Stadtteilen zurückgreifen, die maßgeblich von Grünen initiiert wurden. Diese Erfahrungen zu verstetigen und auszuweiten ist das Ziel. Dabei soll neben konkreten Vorhaben und Entwicklungsprojekten unter anderem die Einrichtung von Stadtteilbudgets durch Verlagerung von bisher zentral bewirtschafteten Haushaltsmitteln (neben Fachbudgets auch die so genannten Impulsmittel) in die Mitentscheidung der Beiräte geprüft werden. Wir wollen auch die Einführung von Planungsverfahren prüfen, die eine öffentlich diskutierte „Folgenabschätzung“ von wichtigen politischen Beschlüssen für die Stadtteile ermöglicht.

Die LMV fordert den Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion auf, im Hinblick auf die Programmerarbeitung zu den Bürgerschaftswahlen 2011 ein Konzept zur Vertiefung und Erweiterung von Teilhabe und Mitwirkung im oben beschriebenen Sinne zu erarbeiten und mit der Partei in geeigneter Form zu diskutieren.